

Gehen die Uni-Proteste zu weit?

Nein, sagt die Berliner Professorin Manuela Bojadžijev, die in einem offenen Brief von Lehrenden die propalästinensischen Aktionen verteidigt hat. Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume widerspricht: Wir dürfen Israelfeindlichkeit nicht tolerieren

DIE ZEIT: Frau Bojadžijev, in der vergangenen Woche ist es vor allem an Berliner Universitäten zu propalästinensischen Demonstrationen gekommen. Wie haben Sie diese Proteste erlebt?

Manuela Bojadžijev: Ich war an den Tagen nicht in Berlin, sondern auf einer Forschungsreise. Ich habe mir aber Bildmaterial angeschaut, mit Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Ich denke, es ist klar, dass die Studierenden mitunter einen sehr rauen Ton anschlagen. Und ich bin wie sehr viele Hochschullehrende der Meinung, dass wir diesen Druck aushalten müssen.

Markus Blume: Ich sorge mich um das Klima an den Hochschulen. Ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen. Jüdische Studierende müssen sich hier sicher fühlen können. Deutschland muss bei Antisemitismus und Israelfeindlichkeit eine Null-Toleranz-Strategie fahren. Wir haben hier glücklicherweise keine Verhältnisse wie an den amerikanischen Universitäten. Das muss auch so bleiben.

ZEIT: Sie, Frau Bojadžijev, haben in einem offenen Brief mit anderen Lehrenden der Berliner Hochschulen die Proteste verteidigt. Warum?

Bojadžijev: Weil es wichtig ist, in den Dialog mit den Studierenden zu treten. Das geht dann nicht mehr, wenn zwischen den Studierenden und der Universität kein Vertrauen mehr existiert. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen.

ZEIT: Haben nicht die Studierenden das Vertrauen verspielt? Sie haben die Präsidentin der Humboldt-Universität (HU), Julia von Blumenthal, niedergebrüllt.

Bojadžijev: Ich schätze sehr, dass sie sich den Studierenden gestellt und den Dialog versucht hat. Wir müssen an unseren Werten festhalten: an Differenzierung, Deeskalierung, einem demokratischen Diskurs. Das bringen wir mit dem Statement zum Ausdruck. Wir haben explizit darauf hingewiesen, dass wir die inhaltlichen Positionen, die bei den Protesten geäußert wurden, nicht unbedingt teilen.

Blume: Ich finde den Protest unerträglich und das Schreiben höchst irritierend. Es ist völlig unkritisch. Man fordert Toleranz und Diskurs ein, aber verurteilt mit keiner Zeile den Terrorangriff der Hamas. Und Sie haben sich auch nicht geäußert, als jüdische Studierende an Hochschulen bedrängt wurden und sich nicht mehr sicher fühlten. Mein Eindruck ist: Da wird einseitig Partei ergriffen.

Bojadžijev: Ich ergreife immer Partei für Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit. Ich verurteile Angriffe auf jüdische Studierende aufs Schärfste und trete ihnen in aller Unentschiedenheit entgegen. Übrigens ist das bei uns an der Humboldt-Universität ein Thema, mit dem wir uns intensiv auseinandersetzen, auch darüber, dass auch jüdische Studierende unter den Protestierenden sind. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

ZEIT: Herr Blume, wo hört denn die Meinungsfreiheit auf?

Blume: Kritik ist immer erlaubt, Hass dagegen nie. Auch viele Israelis kritisieren ihre Regierung. Das gehört zu einer Demokratie dazu. Eine Grenze ist aber überschritten, wenn das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird.

ZEIT: Bei den Protesten wurde auch der Slogan *From the river to the sea* skandiert. Ist das schon eine Infragestellung des Existenzrechts Israels?

Blume: Daran gibt es doch gar nichts zu deuten. Diese Aussage spricht Israel das Existenzrecht ab. Das hat nichts mehr mit Diskurs zu tun. Ich habe auch nicht beobachtet, dass bei den Protesten der interkulturelle oder interreligiöse Dialog erwünscht wäre. Da ging es häufig allein um das Verbreiten von Ideologie und leider auch von Hetze. Hier brauchen wir nicht Toleranz, sondern Konsequenz.

Bojadžijev: Es wird ja gerichtlich gerade noch verhandelt, ob das eine verbotene Äußerung ist oder nicht. Ich selbst bin mit diesem Spruch noch nicht persönlich konfrontiert worden. Aber ich würde die Auseinandersetzung suchen und dabei versuchen, die Intention des Studenten, der Studentin zu verstehen: Was meinen Sie, wenn Sie das sagen?

ZEIT: Im Brief der Lehrenden steht, dass die Studierenden nicht der »Polizeigewalt« ausgesetzt werden sollen.

Blume: Ich habe für diese Forderung null Verständnis. Der Protest in Berlin war ja keine Friedensdemo, sondern ein Protest der Schande. Die Polizei setzt das staatliche Gewaltmonopol durch. Man muss niemanden vor der Polizei schützen. Man muss auch keine Universitäten besetzen, wenn man einen Diskurs führen will. Universitäten sind per se



Manuela Bojadžijev, 53, ist Professorin für »Kultur und Lebensstile in der Einwanderungsgesellschaft« an der HU Berlin



7. Mai 2024: Die Polizei räumt ein Pro-Palästina-Protestcamp an der Freien Universität Berlin

Foto: Hali Saglik/Anadolu Agency/Pressefoto, HU Berlin (u. l.), Uwe Koch/HAB-Media/Imago (u. r.)

Orte des Austauschs. Das kann man nutzen, darf es aber nicht ausnutzen.

Bojadžijev: Das Instrument der Besetzung zieht sich doch durch die Geschichte der Hochschulen. Ich habe in den Neunzigerjahren in Frankfurt studiert. Da gab es auch Besetzungen, an denen ich selbst teilgenommen habe. Das war die Zeit, in der in Deutschland sehr viele rassistische Übergriffe und Gewalttaten verübt wurden, die für uns Studierende absolut relevant, an den Universitäten aber damals kaum Thema waren. Es gab auch kaum Seminare über Rassismus. Wir mussten uns das alles selber erarbeiten – aus den Orten des Protestes sind später Orte des Wissens geworden. Und ich habe – wenn ich mich richtig erinnere – keinen einzigen Polizeieinsatz in diesem Zusammenhang erlebt. Was ich damit sagen will: Proteste sind auch ein Mittel, mit dem sich Studierende Gehör verschaffen wollen.

Blume: Das war jetzt ein spannendes Proseminar zur Protektkultur an deutschen Universitäten. Nur, der entscheidende Punkt ist: Sie bleiben auf einer formalen Ebene und befassen sich nicht mit der inhaltlichen Dimension – und die war jenseits von Gut und Böse. Meinungsfreiheit ist nicht grenzenlos, sondern eingebettet in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die sollten wir verteidigen.

Bojadžijev: Genau das tue ich. Aber mein Verständnis von Meinungsfreiheit wird von den Gesetzen bestimmt. Wenn eine Straftat

begangen wird, muss sie geahndet werden. Aber ansonsten sollten wir uns gerade an den Universitäten schon zutrauen, kontroverse Debatten zu führen.

Blume: Das ist eine verachtende Verharmlosung. Den Protestierenden geht es um einen Boykott, eine Bekämpfung Israels. Mich haben zum Beispiel in diesen Wochen Forderungen erreicht, dass die Universitäten alle Kontakte zu Israel abbrechen und Austauschprogramme beenden sollen. Ich kann da kein Interesse an einer konstruktiven Debatte erkennen. Das ist eine klare und ideologisch motivierte Kampfansage an Israel. So etwas können wir nicht dulden. Deshalb haben wir in der Kultusministerkonferenz einen Aktionsplan gegen Antisemitismus verabschiedet. Hochschulen sollen ein geschützter Raum für den Diskurs sein, aber kein Ort für Hass und Hetze.

ZEIT: Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger sagte, sie sei über den Brief »fassunglos« und sorge sich, ob die Lehrenden »auf dem Boden des Grundgesetzes stehen«. Und der Brandenburger CDU-Chef schlägt vor, Lehrende notfalls vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen. Finden Sie diese politischen Reaktionen angemessen?

Blume: Wir müssen Stoppschilder aufstellen, wo immer Grenzüberschreitungen stattfinden. Ich bin immer dafür, die Hand zum Gespräch zu reichen. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass das demokratische Koordinatensystem Schritt für Schritt verschoben wird. Ich kann vor dieser Grenzüberschreitung nur warnen! Wir müssen unsere offene Gesellschaft schützen.

ZEIT: Lehrenden anzudrohen, sie vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen, ist keine Grenzüberschreitung?

Blume: Wissenschaftsfreiheit und die Treue zur Verfassung bedingen sich. Das ist für jeden Lehrenden selbstverständlich. Wer aber den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlässt, muss wie jeder andere mit Konsequenzen rechnen.

Bojadžijev: Dass die *Bild*-Zeitung die Lehrenden unter der Überschrift »Die UniversITÄTER« kriminalisiert, ist nicht akzeptabel. Sie meint unter anderem einen international ausgewiesenen Experten für Holocaustforschung wie Michael Wildt. Und dass ein Regionalpolitiker aus Brandenburg uns gleich mit dem Verfassungsschutz droht – nur weil wir uns in einem offenen Brief auf die Grundrechte beziehen –, spricht für sich. Wir haben in den letzten Jahren viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus anderen Ländern aufgenommen, in denen Wissenschaft und Meinungsfreiheit keine Geltung haben. Aus Russland, der Türkei, Afghanistan. Wir erleben in Europa schon länger einen Rechtsruck. Das ist für mich der Kontext: Daher müssen wir unsere Demokratie und Freiheitsrechte verteidigen, gerade an den Universitäten. In dem Geiste ist unser Brief entstanden.

Blume: Dass Universitäten Orte der Freiheit sein sollen, da sind wir uns einig. Aber den Feinden der offenen Gesellschaft muss man entgegenzutreten, egal ob sie von rechts oder von

links kommen. Ich finde Ihren Ansatz naiv. Karl Popper hat es auf den Punkt gebracht: Uneingeschränkte Toleranz führt zum Verschwinden der Toleranz. Deswegen kann ich auch nur im Interesse der offenen Gesellschaft, die gerade an Hochschulen ihren Platz hat, appellieren, dass wir diese Grenzüberschreitungen nicht tolerieren.

Bojadžijev: Mich interessiert, was Studierende denken, warum sie zu bestimmten Parolen greifen. Meine Aufgabe ist zu verstehen: Warum sagen sie so etwas? Dann kann ich immer noch widersprechen. Glauben Sie mir, in den Seminaren wird vieles dahergesagt, auch Rassistisches, Sexistisches, die absurdesten Behauptungen. Da hilft es mir doch nicht, die Polizei zu rufen, da muss ich diskursiv intervenieren. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich überzeugt, dass wir hier Studierende weiterbilden. So lernen sie etwa, welche Geschichte solche Äußerungen haben, warum es falsch ist, sie zu tätigen. Das ist doch gerade die Stärke der Universität!

Blume: Ich habe das Gefühl, dass wir an diesem Punkt einfach nicht zusammenfinden. Wir reden ja hier nicht über eine nette Gesprächsrunde im Seminarraum, sondern über organisierte, extremistische Protestformen bis hin zu Gewaltaufrufen. Da bekomme ich wirklich Gänsehaut.

ZEIT: Herr Blume, der CSU-Generalsekretär schlägt vor, dass man auf antisemitisches Verhalten notfalls mit Exmatrikulation reagieren müsse. Sehen Sie das auch so?

Blume: Hochschulen sind keine rechtsfreien Räume, und relevantes Fehlverhalten muss konsequent verfolgt, geahndet und unterbunden werden. Die Exmatrikulation ist da die Ultima Ratio, die letzte Eskalationsstufe.

ZEIT: Ausgerechnet die Exmatrikulation aufgrund politischer Haltung gab es hierzulande schon mal. Als ein Instrument des Autoritarismus.

Blume: Deshalb ist sie die Ultima Ratio, die hoffentlich nicht zur Anwendung kommen muss, weil vorher mildere Sanktionen gegriffen haben. Aber wenn nicht, dann darf man sie nicht ausschließen.

Bojadžijev: Ich stehe ganz woanders als Sie. Nämlich im Hörsaal, mit den Studierenden, als Hochschullehrerin mit einer pädagogischen Verantwortung und Fürsorgepflicht. Noch mal: Ich habe antisemitische Ausbrüche noch nie erlebt. Die mediale Berichterstattung suggeriert, die deutsche Universität sei eine Ausgeburt des Antisemitismus. Als tobte hier ein Mob. Das finde ich eine verrückte Vorstellung! Wir wissen aus einer Studie der Universität Konstanz, dass wir unter Studierenden weit weniger antisemitische Haltungen finden als in der Gesamtgesellschaft. Acht zu 18 Prozent. Auch acht Prozent sind noch zu viel. Mir ist der Kampf gegen Antisemitismus ein großes Anliegen, ich unterrichte zu diesem Thema seit Jahren, es prägt meine wissenschaftliche Arbeit. Aber mit Repressionen kommt man oft nicht weiter. Mein erstes Ziel ist: entschärfen. Menschen überzeugen. Nicht: drohen.

Blume: Wir sollten aufpassen, dass die Diskussion nicht ins Absurde mündet. Es geht um Protestcamps, deren Vorbilder in den USA sitzen und die zutiefst antisemitisch und israelfeindlich sind.

Bojadžijev: Trotzdem ist doch die Frage: Wie deeskalieren wir? Welche Position jemand hat, warum – das kann ich nur ermessen, indem ich nachfrage.

ZEIT: Wir beobachten die studentischen Proteste in vielen Ländern – USA, Kanada, Frankreich, Österreich, England, das Thema läuft weltweit in den Nachrichten. Glauben Sie, dass die Campus-Konflikte helfen können, zu verstehen, wie dieser Krieg in Nahost gelöst werden kann? Oder vergiften die Proteste unser Diskursklima?

Bojadžijev: In den USA verlaufen die Proteste in erschreckender Form. Sowohl die Polizeigewalt als auch einige antisemitische Äußerungen. Ich persönlich finde auch die simple Rückführung des Nahostkonflikts auf den Kolonialismus sehr unterkomplex. Aber wir sehen daran, wie wichtig den jungen Menschen dieses Thema ist. Dass sie einen Raum brauchen, um es zu bearbeiten.

Blume: Ich habe derzeit nicht das Gefühl, dass sich der Gesprächsraum erweitert. Fest steht: Die aktuellen Entwicklungen dürfen uns nicht egal sein. Wir müssen hinschauen. Wir müssen alles dafür tun, dass die Hochschulen geschützte Orte bleiben und nicht zu Keimzellen für getarnten Antisemitismus werden.



Markus Blume, 49, war CSU-Generalsekretär, seit 2022 ist er Bayerns Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Das Gespräch moderierten
Mark Schieritz und
Anna-Lena Scholz